Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 7 (1966)

Heft: 12

Artikel: Symposium in St. Gallen

Autor: Pommer, Hans Jörg

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1077189

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Symposion in St. Gallen

Wissenschaftliche Symposien mit Teilnehmern aus Ost und West sind in unseren Tagen keine Rarität mehr. Doch wohnt ihnen nach wie vor das Fluidium des Besonderen inne. In den beiden vergangenen Jahren haben sich mancherorts nicht nur Philosophen und Naturwissenschaftler, sondern auch Oekonomen aus beiden so unterschiedlichen ideologischen Hemisphären dieser Welt getroffen, um über den trennenden Graben hinweg Kontakte und Gespräche anzuknüpfen.

Anfang Mai dieses Jahres unternahm man auch in der Schweiz einen Versuch in dieser Richtung, der im grossen und ganzen als geglückt und erfolgreich bezeichnet werden darf. Auf Einladung der Studentenschaft der St.-Galler Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften diskutierten Vertreter der sozialistischen Politökonomie aus fünf ost- und südosteuropäischen Ländern vier Tage lang mit schweizerischen Nationalökonomen über «Wirtschaftsfragen in Ost und West». 17 der fast 60 Seminarteilnehmer kamen aus Osteuropa, darunter so prominente Nationalökonomen wie die Professoren Imre Vajda (Budapest), Zygmunt Wyrozembski (Warschau), Josef Goldmann (Prag), A. Orthaber (Ljubljana) und Dynko Toscheff (Sofia).

Es ist hier nicht der Ort, einen Fachbericht über diese Tagung zu erstatten. Wir wollen lediglich einige der vermerkenswerten Ausführungen der osteuropäischen Gesprächspartner festhalten. Aus dem gleichen Grunde soll auch darauf verzichtet werden, auf die Vorträge und Voten der schweizerischen Teilnehmer einzugehen.

Besonders bemerkenswert, ja bisweilen sensationell, waren die Feststellungen von Josef Goldmann aus Prag, der heute zu den führenden Wirtschaftsreformern in der CSSR gehört.

In seinem Referat über «grundlegende Parallelen und Unterschiede zwischen den beiden Wirtschaftssystemen» (Kapitalismus und Sozialismus) lehnte Goldmann die bei vielen westlichen Nationalökonomen beliebte Theorie von der «Konvergenz der Wirtschaftssysteme», das heisst der allgemeinen Angleichung der zentralen Planwirtschaft und der freien Marktwirtschaft, ab, betonte aber, dass der Sozialismus von den wirtschaftlichen Erfahrungen des Kapitalismus viel lernen könne. Denn: «Nichts ist perfekt, selbst im Sozialismus gibt es Erfolge und Fehlschläge.» In den wissenschaftlichen Diskussionen um die Wirtschaftsreformen gehe es vor allem darum, die sozialistische Wirtschaftstheorie zu «entschlacken», mit anderen Worten, sie von den Dogmen zu befreien. Ansatzpunkt hierfür sei die Neue Oekonomische Politik Lenins (NEP, 1921 bis 1928) in der Sowjetunion, die Goldmann als «logische Fortsetzung» der Grundlagen der Sowjetökonomie charakterisierte. Sie sei eine bewusste Anwendung des Marktmechanismus auf die Planwirtschaft, eine gewollte Kombination von Markt und Plan gewesen.

Es ist stark umstritten, inwiefern die Leninsche NEP Grundlage und Beginn einer eigentlichen sozialistischen Wirtschaftstheorie ist. Allerdings sind in ihr theoretische Ansatzpunkte enthalten, die freilich durch die von Stalin vorgenommene dogmatische Verhärtung der sozialistischen Politökonomie im Keime erstickt worden sind, so dass, wie Goldmann bemerkte, «seit den zwanziger Jahren in der sozialistischen Oekonomie eine wissenschaftliche Sterilität» vorherrschte. Diese Sterilität gelte es nun zu überwinden.

Goldmann ist überzeugt, dass durch die Einführung der neuen Massnahmen im volkswirtschaftlichen Leitungssystem der CSSR die alten stalinistischen Dogmen bzw. deren Ueberreste auf den «Misthaufen» gekarrt würden. Denn die Wirtschaftsreformen in einigen osteuropäischen Ländern beschränkten sich keineswegs nur auf den instrumentalen Bereich. Als Kronzeugen für diese Auffassung zitierte Goldmann keinen geringeren als den Basler Nationalökonomen Gottfried Bombach, der in Anlehnung an John Maynard Keynes einmal geäussert hat, dass die Wirtschaftstheorie von heute die Wirtschaftspolitik von morgen sei. Insbesondere, was die Preisbildung betrifft, für die ja die sozialistische Politökonomie bis heute noch keinen brauchbaren Mechanismus zu schaffen vermochte, hofften die osteuropäischen Reformökonomen auf die Durchsetzung des Marktmechanismus, zumindestens im Bereich der Konsumgüterindustrie. Die gegenwärtig durchgeführte Preisreform sei «hoffentlich die letzte zentrale». Denn auch die Methode der Computer-Analyse ersetze keineswegs die «Marktsignale», deren es zur Bildung ökonomisch richtiger Preise bedürfe. Den Computer-Fanatikern in seinem und in anderen sozialistischen Ländern, die da glauben, mit Hilfe von Elektronengehirnen seien die irrationalen Konsumentenentscheide und das Marktspiel von Angebot und Nachfrage zu simulieren, hielt Goldmann sarkastisch entgegen, der Computer sei «das Feigenblatt, das die Schande des zentralistischen Plansystems verdecken soll».

Für Kenner der Materie war es eine Sensation, als Goldmann schlicht behauptete, die Einführung des sozialistischen Wirtschaftssystems habe die Entfremdung der Werktätigen keineswegs aufgehoben. Im Gegenteil: In der CSSR sei die Entfremdung immer noch sehr gross. Von der Einführung des neuen Leitungs- und Planungssystems erhoffe man sich daher eine wesentlich stärkere Identifikation der Arbeiter mit ihren Betrieben. Im übrigen sei es eine der dringendsten Aufgaben, einen Funktionsmechanismus zu schaffen, der die «gesellschaftlichen und betrieblichen Interessen» miteinander verbinde, wobei das Unternehmensinteresse absoluten Vorrang geniessen müsse.

Nicht minder erstaunlich war es, als Zygmunt Wyrozembski von der Polnischen Akademie der Wissenschaften erklärte, dass — zumindest in Polen — die marxistischen Oekonomen nicht mehr an die Marxsche These vom Zusammenbruch des Kapitalismus glaubten. Auch andere Dogmen dieser Art hätten in Polen fast alle Anhänger verloren. Schliesslich sei es hierbei ja auch nie um Dogmen gegangen, sondern einfach um eine «Frage der Interessen». Dem Kapitalismus, so Wyrozembski, sei es gelungen, seine Grenzen auszuweiten, und solange sich in einem System die Produktivkräfte ändern, habe es «das Recht», zu existieren. So sei beispielsweise in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine Veränderung der Eigentumsstruktur

---

Fortsetzung von Seite 9

demoralisiert. Gerüchteweise verlautete zunächst, wir würden alle in die Sowjetunion evakuiert werden.

Am Morgen des 4. Novembers wurden wir versammelt. Man verlas einen Befehl von Marschall Konjew. So vernahmen wir, dass an diesem Morgen die sowjetischen Truppen Budapest angegriffen hatten und dass wir in die Stadt zurückkehren würden, sobald alles ruhig sei. Am 5. November wurden wir nach Budapest gefahren und kehrten ins Innenministerium zurück.

Das Ministerium sah übel aus. Einige Räume waren ausgebrannt. Die Dossiers waren zerstreut, zum Teil auch verschwunden.

Wir wurden reorganisiert und verteilt, um in verschiedenen Quartieren die Sowjettruppen abzulösen. Wie gesagt, war ich bis dahin die ganze Zeit im Innenministerium oder im Wald bei den Sowjets gewesen. So sah ich die Revolution.

Nochmals: Die Kommunisten in Ungarn waren die Ursache der Revolution, und das Volk hat sie ausgeführt. Als es sich schliesslich offen gegen das Regime kehrte, konnte die Regierung aus eigener Kraft nichts mehr tun. Sie war völlig desorganisiert. Nur die Sowjets konnten etwas unternehmen, aber sie hatten zunächst noch Angst vor einem Krieg. Sie erwarteten offensichtlich, dass der Westen der Revolution helfen würde.

Während wir in den Wäldern lagerten, wiederholten einige fanatische AVH-Offiziere ununterbrochen: «Warum stellen die Kommunisten keine Regierung auf? Wir müssen doch etwas tun.» Sie wurden jeweils von den Sowjets beruhigt: «Wartet nur ab. Etwas wird schon geschehen.»

Ich glaube, die Sowjets stellten in dieser Zeit die neue Kadar-Regierung auf, damit diese sie zum Eingreifen auffordern konnte. Bis dahin aber wollten sie nichts unternehmen. Die ganze Inszenierung glückte auch. Freilich wussten wir, abgeschnitten in unserm Wald, damals von alledem nichts.

Es trifft zu, dass einige AVH-Beamte auf den Strassen von den Leuten niedergemacht wurden. Vermutlich wurden sie erkannt und umgebracht. Von Freiheitskämpfern selbst, die sich so benommen hätten, habe ich nichts vernommen, es waren Leute auf der Strasse, welche AVH-Offiziere töteten. Wenn Sicherheitsbeamte so umgebracht werden können, hat die Regierung keine Gewalt. Schliesslich waren es die Leute, welche das Volk unterdrückt hatten, die umkamen. Ich glaube, dass die Lektion auch die Sowjets beeindruckt hat. Wenn die Bevölkerung ihre Angst vor dem Sicherheitsdienst verliert, fürchtet sie auch die Kommunisten nicht mehr. Vielleicht ist das die wirkliche Lehre der ungarischen Revolution: Entwaffnet den Sicherheitsdienst, und die Regierung hat keine Macht mehr.

(Schluss)

und -formen (kollektives Eigentum in den Aktiengesellschaften, Vordringen der öffentlichen Hand bzw. des staatlichen Wirtschaftssektors usw.) festzustellen. Die Frage der Eigentumsformen sei zudem heute nicht mehr das entscheidende Kriterium. Vielmehr ginge es um die Frage der gesellschaftlichen Kontrolle des Produktionsprozesses des Kapitals.

Wie Goldmann und Imre Vajda stellte auch Wyrozembski fest, dass sich in den osteuropäischen Ländern der Konflikt zwischen Wissenschaftlern und Partei- und Regierungsfunktionären zusehends vertiefe. Während letztere noch immer einem Pragmatismus in der Wirtschaftsplanung huldigten, verstünden die Oekonomen unter Planung eine «Optimalisierung der Wirtschaftsprozesse», eine Rationalisierung der gesamtwirtschaftlichen Abläufe mit Hilfe der Programmierung. Zwar sei die volkswirtschaftliche zentrale Planung in Polen immer noch sehr unwissenschaftlich, aber die Vorstellungen der Wissenschaftler würden sich, wenn auch nicht heute oder morgen, so doch auf die Dauer durchsetzen.

Imre Vajda versuchte insbesondere eine Lanze für die Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West zu brechen. Hierbei räumte er ein, dass die reinen Marktbeziehungen im Ost-West-Verkehr nicht sonderlich entwicklungsfähig seien! Dies liege an den gegenwärtigen Exportstrukturen und auch daran, dass ein Land wie Ungarn nur wenig moderne marktfähige Industrieerzeugnisse im Westen anbieten könne. Die Zukunft der wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen — und übrigens auch die der blockinternen Wirtschaftsbeziehungen — liege auf dem Gebiet der industriellen Kooperation, und zwar «ohne Einschaltung von staatlichen Behörden und Organisationen, sondern ausschliesslich zwischen den Unternehmungen». Die Zeit des intensiven Warenaustausches sei für beide Seiten vorbei.

Besonders eingehend befasste sich Vajda mit dem Problem der Lockerung der Abhängigkeit der osteuropäischen Staaten von der Sowjetunion. Er forderte die westlichen Länder auf, die europäischen Volksdemokratien nicht in die Alternative pro oder contra UdSSR zu drängen, denn sonst bestünde die Gefahr, dass diejenigen Osteuropäer, die sich für enge Kontakte mit dem Westen einsetzten, in ihren eigenen Reihen politisch denunziert würden.

Ungarn verdanke seine Industrialisierung der Sowjetunion. Zwar sei der Preis dafür ausserordentlich hoch gewesen, und man habe viele gravierende Fehler gemacht, «aber der beschrittene Weg war richtig». Daneben wolle aber Ungarn seine traditionelle Orientierung nach Deutschland und nach dem Westen wieder aufnehmen. Es suche — wie andere osteuropäische Länder auch — eine Synthese zwischen Ost und West. Theoretisch interessant waren auch die Ausführungen des jugoslawischen Oekonomen Orthaber über Probleme der Planung optimaler mengenmässiger Produktionsstrukturen. Dagegen fielen die Darlegungen des Sofioter Professors Dynko Toscheff vergleichsweise schwach aus. Toscheff erwies sich vor allem in den Diskussionen als Politökonom, der noch stark mit den überkommenen sozialistischen Dogmen verknüpft ist.

Zusammenfassend lässt sich mit gutem Grund sagen, dass dieses Symposion in St. Gallen zu fruchtbaren Gesprächen geführt hat.

Hans Jörg Pommer

Der Kommentar

Die diesjährige Session des Weltfriedensrates findet in Genf statt. Was ist diese Organisation? Wie es in der marxistisch-leninistischen politischen Literatur offiziell heisst, kann die Kommunistische Partei die vor ihr stehenden Aufgaben nur mit «Verbündeten» erfüllen, welche ihr als «Transmissionsriemen» (offizieller Ausdruck der Parteisprache) zu den Massen dienen. Die innenpolitischen Transmissionsriemen sind: Gewerkschafter, Kommunistischer Jugendbund, der Freiwillige Verband für die Zusammenarbeit mit der Armee, Luftwaffe und Kriegsmarine (DOSAAF) usw., die aussenpolitischen sind hingegen die sogenannten «internationalen demokratischen Organisationen». Unter den «internationalen demokratischen Organisationen» spielt die «Weltbewegung der Friedenskämpfer» die grösste Rolle. Der Vorbereitungskongress zur Weltfriedensbewegung wurde im August 1948 in Breslau abgehalten, wo ein internationales Friedenskomitee gegründet wurde. Dieses bereitete den ersten Weltfriedenskongress im April 1949 erst für Paris und dann in Prag vor (die französischen Behörden erteilten den kommunistischen Friedensfunktionären keine Visa). Dieser Kongress errichtete ein ständiges Komitee unter dem Präsidium von F. Joliot-Curie. Da die Sowjetunion damals noch keine Atomwaffen besass, rief die erste Session dieses Komitees im März 1950 (Stockholm) einen Aufruf an die Völker der Welt, die Atomwaffen zu verbieten. Bald darauf, im November 1950, wurde der zweite Weltfriedenskongress in Warschau abgehalten (nachdem die Abhaltung in England gescheitert war). Dieser Kongress errichtete den Weltfriedensrat, welcher seitdem zahlreiche Sitzungen und Sessionen abhielt.

Die Weltfriedensbewegung fasst Menschen verschiedener religiöser und politischer Auffassung, unterschiedlicher Gesellschaftsschichten und Klassen zusammen und ist die breiteste prokommunistische Bewegung der Gegenwart. Ihre Organe sind: der erwähnte Kongress, der Weltfriedensrat, ferner das Büro und das Präsidium des Weltfriedensrates. Vorsitzender des Präsidiums war erst Joliot-Curie (gest. 1958), dann Prof. J. Bernal (England). Der Sitz befindet sich in Prag.

Die Bewegung hat nationale Abteilungen (nationale Friedensräte und -komitees) sowohl im Westen als auch im Osten, wobei in den östlichen nationalen und lokalen Friedenskomitees die «Friedenspriester» eine grosse Rolle spielen. Diese Friedenskomitees sind Mitglieder der gesetzmässig und statutengemäss unter kommunistischer Führung bestehenden Volksfronten.

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit dieser «internationalen demokratischen Organisation» können folgende Fakten hervorgehoben werden: Noch 1955 kämpfte der Weltfriedensrat gegen die Atombombe, und seinen Wiener Aufruf vom Januar 1955 unterzeichneten 656 Millionen Menschen. Seitdem aber auch die Sowjetunion Kernwaffen besitzt, konzentriert sich die Tätigkeit der Organisation immer mehr auf den Kampf gegen Kolonialismus und Neokolonialismus (mit der Ausnahme des sowjetischen Kolonialismus in Europa und Asien), auf Friedensaktionen usw. Folgende Beispiele zeigen die Einstellung der Organisation gegenüber Frieden und Abrüstung: Vom 9. bis 14. Juli 1954 wurde der Weltfriedenskongress für allgemeine Abrüstung in Moskau abgehalten. Die Teilnehmer wollten gegen die atomare Aufrüstung im allgemeinen protestieren und nicht nur gegen jene der USA. Aus diesem Grunde wurde ihnen die öffentliche Kundgebung polizeilich untersagt. Ebenso wiesen die Organisatoren am Jugendfestival Helsinki eine pazifistische Gruppe zurück, als diese mit einem Transparent gegen westliche und östliche Atomversuche protestieren wollte.

Die sowjetisch gefärbte Weltfriedensbewegung unterhielt bis zur letzten Zeit enge Beziehungen mit der internationalen Konferenz ‚für Frieden ohne Bomben', welche 1962 von Nkrumah in Accra gegründet wurde. Heute weiss man, dass diese verbündete Organisation der Friedensbewegung und deren Gründer und Leiter, Nkrumah, Ausbildungslager für Kriegsvorbereitungen unterhielt.

Damit man diesen Widerspruch verstehen kann, muss man einige marxistisch-leninistische Begriffe kennen:

Frieden und gerechter Krieg widersprechen einander nicht, im Gegenteil. Aufgabe der Friedensbewegung ist die Unterstützung der gerechten Kriege. Gerechte Kriege sind die Klassenkämpfe sowohl im nationalen als auch im internationalen Massstab. In diesem Sinne ist der Aggressor nicht der Angreifer, sondern jener Angegriffene, der zu den Waffen greift, um sich im nationalen oder internationalen Klassenkampf gegenüber dem «Volk» zu verteidigen. Friedensbewegung und internationale Frontorganisation müssen den «Völkern der Welt» helfen, wobei zu betonen ist, dass «Volk» nur jener Teil der Bevölkerung ist, welcher sich für den «Fortschritt einsetzt. Fortschritt ist aber der Sozialismus-Kommunismus, dessen Sieg eine «objektive Gesetzmässigkeit» ist. In diesem Sinne verpflichten Programm und Statut der KPdSU vom 31. 10. 1961 die sowjetischen Kommunisten, den «Völkern aller Länder» behilflich zu sein, und sichert im aussenpolitischen Teil Hilfe und Unterstützung allen «pazifistischen» Elementen des Auslandes zu. Im innenpolitischen Teil steht hingegen kein Wort über Pazifismus; in den «sozialistischen» Ländern wird er als Beeinträchtigung der Verteidigungsmacht zu einem der schwersten staatsfeindlichen Delikte erklärt.

Frieden ist also — im marxistisch-leninistischen Sinne — die Vorbereitung zur endgültigen Abrechnung mit dem Klassenfeind, wie auch die Politik der friedlichen Koexistenz günstige Voraussetzungen für die sozialistische Revolution im nationalen und internationalem Massstab herbeizuführen hat.

Die Friedensbewegung wird zur Hauptsache von der Sowjetunion finanziert. Zu diesem Zweck wurde im April 1961 der Friedensfonds gegründet, unter dem Präsidium des sowjetischen Schriftstellers N. S. Tichonow. Aehnliche Friedensfonds, Friedensanleihen usw. gibt es auch in den Volksdemokratien. Merkwürdigerweise führte die Volkstanzgruppe von Mojseejev eine Tanztournee zugunsten des Friedensfonds durch (sie gab 1960 auch in der Schweiz Vorstellungen).

P. Sch.